



Freie Demokraten im Hessischen Landtag

LANDTAGSDEBATTE ÜBER SOZIALSTAAT

03.03.2010

Weiter sagte Rentsch:

„Wir müssen nun endlich schauen, was haben die sinnvollen Hartz-IV-Reformen den Menschen, die Hilfe benötigen, gebracht. Und gleich im Anschluss werden wir die Reform weiterentwickeln. Die Bundes-FDP wird dazu unter dem Titel „Aufstiegchancen schaffen - soziale Effizienz steigern: Deutschland vor der Neuausrichtung der Sozialpolitik“ kommende Woche ein Symposium veranstalten, an dem auch Wolfgang Clement teilnimmt.

Das Bundesverfassungsgericht hat nicht gesagt, dass es höhere Hartz-IV-Regelsätze geben muss. Es hat den im Gesetz geregelten Berechnungsmechanismus kritisiert. Das hat auch der scheidende Gerichtspräsident Hans-Jürgen Papier in dieser Woche in seinen Erläuterungen noch mal klar gemacht. Danach sind höhere Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht zu begründen. Das ist eine Klatsche für Rot-Grün, die das handwerklich zu verantworten haben.



Niemand hat die kritisiert, die ein schweres Schicksal haben. Kritisiert worden sind die, die nach dem die Tinte auf der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung noch nicht getrocknet war, sofort erklärt haben, jetzt müsse man mehr Geld ausgeben. Eine Steuerreform zur Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen, so wie wir es von Schwarz-Gelb wollen, sei jetzt unmöglich. Und das ist ein Fehler! Denn alles, was man verteilen muss, muss vorher erwirtschaftet werden. Wenn man nach einem solchen Urteil nur noch über Verteilungsgerechtigkeit und nicht mehr über Leistungsgerechtigkeit redet, macht man einen schweren Fehler! Es ist vereinbart worden, dass die Zuverdienstgrenzen ausgebaut werden. Zum Thema Leistungsgerechtigkeit haben wir auf den Weg gebracht, dass das Schonvermögen von 250,00 € pro Monat verdreifacht wird. Denn es geht bei Leistungsbereitschaft auch darum, dass derjenige, der sein Leben lang gearbeitet hat und einen Schicksalsschlag erleidet, nicht alles abgeben muss.

Aus unserer Sicht ist es absolut notwendig, dass wir die Aufnahme von Arbeit erleichtern, indem vor allen Dingen die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen bei Steuern und Abgaben entlasten.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de